

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Gotthardtunnel nach Unfällen gesperrt

Airolo/Göschenen (AP) Wegen Unfällen ist der Gotthardstrassentunnel am Mittwochabend und am Donnerstag morgen zweimal vorübergehend gesperrt worden. Bei den beiden Unfällen wurden insgesamt sechs Personen verletzt.

Am frühen Mittwochabend blieb die Tunnelröhre während rund zwei Stunden gesperrt. Ein britischer Automobilist kollidierte auf der Gegenfahrbahn mit einem entgegenkommenden italienischen Sattelschlepper. Zum Hergang des zweiten Unfalls vom Donnerstag früh lagen zunächst keine Einzelheiten vor.

Sparvorschläge noch nicht unter Dach

Bern (AP) Der Bundesrat hat sein Sanierungsprogramm 1994 nicht wie ursprünglich geplant am Mittwochabend bereinigt. Insbesondere bei den linearen Beitragskürzungen sind weitere Abklärungen nötig. Laut Vizekanzler Achille Casanova ist die Verzögerung aber nicht auf Uneinigkeit im Bundesrat zurückzuführen. Vor den Sommerferien hatte der Bundesrat im Grundsatz ein Sanierungsprogramm gutgeheissen, welches Einsparungen von bis zu 2,4 Milliarden Franken und Mehreinnahmen von je nach Variante - 1,3 oder 2,1 Milliarden Franken vorsieht. Vorgesehen war, das Sanierungsprogramm in einer Klausursitzung am Mittwochabend zu verabschieden, um es dann anschliessend in eine kurze Vernehmlassung zu geben; die Botschaft an das Parlament soll im Oktober verabschiedet werden.

Bundesbank lässt Leitzinsen unverändert

Frankfurt (AP) Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am Donnerstag keine Veränderung der Leitzinsen beschlossen. Damit bleiben der Diskontsatz bei 4,5 Prozent und der Lombardsatz bei 6,0 Prozent. Die Bundesbank kündigte zugleich an, die beiden nächsten Wertpapierpensionsgeschäfte als Mengenterminder mit einem Festzins von 4,85 Prozent auszuschreiben.

SBB fahren 118 Millionen Defizit ein

Bern (AP) Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) haben im ersten Halbjahr 1994 eine deutliche Verschlechterung ihres Unternehmensergebnisses hinnehmen müssen. Nach Mitteilung der SBB vom Donnerstag resultierte ein Verlust von 117,8 Millionen Franken. Das sind gut 30 Prozent mehr als im ersten Semester 1993 (90,4 Millionen Franken).

Die neuesten Verführungen der Herbstmode



Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan

Regierung für Gewichtsbesteuerung der Fahrzeuge und für CO₂-Abgabe

Stellungnahme der Regierung an den Landtag zum Gesetz über die Motorfahrzeugsteuer - Dem Verursacherprinzip Rechnung tragen

(paf) - Während der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage über die Motorfahrzeugsteuer wurden von den Landtagsabgeordneten verschiedene Fragen gestellt und Vorschläge eingebracht, die unter anderem auch die Besteuerung der Motorfahrzeuge nach dem Verursacherprinzip betrafen. Die Regierung hat zu den Fragen Stellung genommen und dem Landtag eine anhand der geäusserten Anregungen abgeänderte Gesetzesvorlage unterbreitet.

Die überarbeitete Gesetzesvorlage hält weiterhin an einer Gewichtsbesteuerung der Lastkraftwagen und der Autobusse fest, jedoch wird neu auch die Besteuerung der Personenwagen nach Gewicht anstatt nach Hubraum vorgeschlagen. Das Gesamtgewicht der Fahrzeuge ist eine eindeutige technische Grösse für alle Motorfahrzeuge. Es bestimmt zu einem guten Teil den Treibstoffverbrauch und steht auch in direktem Zusammenhang mit der Beanspruchung der Strassen. Daher scheint das Gewicht eine praktikable Anknüpfung für die Besteuerung zu sein. Die Gesetzesvorlage geht des weiteren davon aus, dass die Motorfahrzeugsteuern um ca. 20 % angehoben werden, wie dies für das laufende Jahr bereits erfolgt ist.

CO₂-Abgabe

Im Gegensatz zur kilometerabhängigen Besteuerung, wie sie von Landtagsabgeordneten angeregt wurde, bevorzugt die Regierung die Einführung einer



Motorfahrzeuge sollen in Liechtenstein künftig nach ihrem Gewicht besteuert werden. Nach Vorschlag der Regierung soll desweiteren eine CO₂-Abgabe erhoben werden. (Archivbild)

CO₂-Abgabe auf die Brenn- und Treibstoffe. Die Schweiz beabsichtigt, diese Abgabe anfangs 1996 einzuführen, wovon Liechtenstein wegen des gemeinsamen Wirtschaftsraumes direkt betroffen sein wird. Aufgrund des direkten Bezuges zwischen Energieverbrauch und Emissionen ist die Anknüpfung an den CO₂-Ausstoss eine wirksame und adä-

quate Möglichkeit, den Verursacher direkt zu belasten. Die Fahrweise beeinflusst wesentlich den Treibstoffverbrauch und damit die Schadstoffemissionen. Aus diesem Grund erachtet es die Regierung als naheliegend, für eine verursachergerechte Besteuerung der Motorfahrzeuge eine treibstoffabhängige Variante zu wählen. Eine CO₂-Abgabe

berücksichtigt nicht nur die Fahrleistung, sondern auch weitere Einflussfaktoren wie die Konstruktion der Fahrzeuge, die Fahrweise oder die Art des Einsatzes. Mit der CO₂-Abgabe werden ausserdem die Ziele der Klima- und Luftreinhaltspolitik verfolgt, wonach die CO₂-Emissionen und der Gesamtverbrauch fossiler Energieträger bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 stabilisiert und anschliessend gesenkt werden sollen.

Für Verursacherprinzip

In ihrer Stellungnahme umschreibt die Regierung die technische und administrative Umsetzbarkeit von Massnahmen, um Motorfahrzeuge nach dem Verursacherprinzip zu besteuern. Die Besteuerung nach Fahrleistung beispielsweise würde einen äusserst hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen, abgesehen davon stehen weder jetzt noch in absehbarer Zeit manipulations sichere Messgeräte zum Einbau in die Fahrzeuge zur Verfügung. Gegen eine Ermittlung über die Tachometer spricht, dass nicht alle Motorfahrzeuge mit einem Tachometer ausgerüstet sind und zudem die Messgenauigkeit der Tachometer nicht allzu hoch ist.

Nach Ansicht der Regierung stellt die Gewichtsbesteuerung zusammen mit der Verteuerung des Treibstoffs eine geeignete Lösung dar, um für die Durchsetzung des Verursacherprinzips einen Beitrag zu leisten.

Rückgang im Vorarlberger Sommertourismus

Deutsche sparen mehr - für Italiener ist der Urlaub viel teurer geworden

(maw) - Die Deutschen sparen auf Grund der Rezession mehr. Sie gehen in billigere Länder und sie machen kürzere Urlaube. Der Dritt- und Vierturlaub wird eingeschränkt. Das ist die nüchterne Erkenntnis der Tourismusverantwortlichen in Vorarlberg für den Rückgang des Sommertourismus. Immerhin sind zwei Drittel der Gäste in Vorarlberg Deutsche.

Im Wintertourismus stimmt die Bilanz nach wie vor. Aber im Sommertourismus flaut das Geschäft ab. Mit einem Minus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr wird in der heurigen Sommersaison gerechnet. Auch schon in der letzten Sommersaison musste man einen schmerzlichen Nächtigungsrückgang von acht Prozent verzeichnen. «Allerdings haben wir diesen Rückgang auf einem sehr hohen Niveau erlebt», schränkt Doris Rinke vom Vorarlberger Landesverband für

Tourismus ein. In den letzten 15 Jahren haben sich die touristischen Einnahmen auf Grund des hohen Qualitätsangebotes nominell verdoppelt. Die Einnahmen sind ungleich stärker gewachsen als die Nächtigungen. «Wir haben unser Ziel Qualität vor Quantität erreicht», sagt Doris Rinke. Trotzdem musste im letzten Sommer auch ein Einnahmenminus von drei Prozent hingenommen werden. Doris Rinke: «Wenn wir heuer mit einem Minus von fünf Prozent bei den Übernachtungen aussteigen, wären wir sehr froh».

Hoffnung auf den Herbst

Die Rezession in Deutschland, analysiert die Tourismusexpertin, wirke sich jetzt eben mit etwas Verzögerung aus. Dazu kommt, dass die Gäste aus den neuen Bundesländern nicht nur mehr in den Nahbereich Österreichs

fahren, sondern zunehmend auch die Sonnenländer entdecken. Was Wunder: «Italien und Spanien sind bis zu 20 Prozent billiger, bedingt durch die niedrigeren Flugpreise und die Währungsveränderungen. Zudem ist Italien, einer unserer Hoffungsmärkte, auch durch die Währungsänderung betroffen».

Für die Italiener ist der Urlaub in Österreich sehr viel teurer geworden», listet Rinke weitere Gründe auf. Sie rechnet jedoch damit, dass der hohe Umweltstandard in Vorarlberg künftig doch für viele wieder ein Argument sein wird, um hier Urlaub zu machen. Jetzt hoffen die Tourismusverantwortlichen noch auf den Herbst. «Wenn der schöne Wetter beschert, könnte das die Bilanz noch etwas verschönern», zeigt sich Doris Rinke optimistisch.

Leichte Erholung bei Aussenhandel

Bern (AP) Nach einem schwächeren Ergebnis im Vormonat hat der schweizerische Aussenhandel im Juli bei den Ausfuhren eine leichte Erholung verzeichnet. Die Einfuhren setzten ihre beachtliche Expansion fort, wie die Eidgenössische Zollverwaltung am Donnerstag mitteilte. Die Handelsbilanz wies wiederum einen Exportüberschuss auf.

Im Juli belief sich der Wert der schweizerischen Ausfuhren auf 7,306 Milliarden Franken und jener der Einfuhren auf 6,949 Milliarden Franken. Wertmässig verminderten sich die Exporte im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,2 Prozent und teuerungsbereinigt um 1,2 Prozent, während die Importe wertmässig um 1,4 Prozent abnahmen, teuerungsbereinigt indessen um 3,8 Prozent zulegten. Unter Berücksichtigung des zusätzlichen Arbeitstages im Juli des Vorjahres verzeichneten die Ausfuhren im Berichtsmonat indessen ein Wachstum.

Gleiche Ellen für den Lötschberg und den Gotthard gefordert

Westschweizer und Berner wollen eher Gotthard-Projekt zurückstellen - Bevorzugung von Zürich kritisiert - Medienorientierung in Bern

Bern (AP) Die Westschweiz und der Kanton Bern wollen im Falle einer Etappierung der NEAT zuerst den Tunnel durch den Lötschberg und erst später das Gotthard-Projekt realisieren. Sie kritisieren, dass bei Lötschberg und Gotthard mit ungleichen Ellen gemessen wird, wie Kantonsvertreter am Donnerstag an einer Pressekonferenz erklärten.

«Die Westschweiz will ihren Teil und zwar den ganzen Teil», sagte der Genfer Staatsrat Gerard Ramseyer. Er zeigte sich wie andere Vertreter aus der Romandie und die Berner Regierungsrätin Dori Schaer glücklich über die klare Aussage des Bundesrates vom Mittwoch zugunsten des Lötschbergs. Ramseyer verwies auf die Volksabstimmung über die NEAT vom September 1992, bei der die Westschweiz mit grossem Mehr die NEAT unterstützt hatte. Die Westschweiz sei nach wie vor für den Gesamtausbau der Alpentransversalen einschliesslich der Anschlüsse für die Ost- und die Westschweiz. Mit Vehemenz werde die Westschweiz alle «Bastelleien» bekämpfen, die den Volkswillen verletzen. Der Bau eines Tunnels am Lötschberg sei im übrigen integraler Bestandteil des Transitabkommens mit der Europäischen Union.

Der Präsident der Verkehrskommission des Nationalrates, Michel Béguelin (SP/NE), räumte angesichts der Finanzlage des Bundes ein, dass die praktisch gleichzeitige Erstellung von zwei Alpentunneln wenig sinnvoll sei. Zusammen mit der Berner Regierungsrätin Schaer machte er aber klar, dass eine Etappierung sinnvollerweise nur bedeuten könne, das Projekt am Gotthard vorerst zurückzustellen. Der Lötschberg könne schneller gebaut werden, sei voraussichtlich billiger und überdies in den betroffenen Regionen politisch voll akzeptiert. Nach den heutigen Plänen könnte der neue Tunnel am Lötschberg bereits im Jahr 2004 betriebsbereit sein, während mit einer Fertigstellung am Gotthard nicht vor dem Jahre 2008 zu rechnen sei.



Michel Béguelin (links), Präsident der Verkehrskommission des Nationalrates, und Bernard Bornet, Vosteh der Baudepartements Wallis, bei der gestrigen Medienorientierung in Bern.